zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Markt Piesting

Ausgabe · April 2026 | 560602/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

FPÖ-Ortsgruppensitzung Vorderes Piestingtal



Am 27. Februar 2026 fand im Restaurant Piestingerhof die Ortsgruppensitzung der FPÖ Vorderes Piestingtal statt.

Neben zahlreichen Mitgliedern der Ortsgruppe fanden sich auch Bezirksparteiobmann Peter Schmidlechner, Abgeordneter zum Nationalrat und Bezirkssekretär Gerhard Schober zur Sitzung ein.

Bei ihrer Rede hob Ortsparteiobfrau Susanne Schaffer hervor, dass **„seit den letzten Wahlen die Akzeptanz der FPÖ in Markt Piesting deutlich gestiegen ist und sich immer mehr Bürger vertrauensvoll mit Themen und Anliegen an die Mitglieder der Ortsgruppe wenden“.**

Weiters berichtete die Ortsparteiobfrau aber auch über die zahlreichen Verfehlungen und Missstände in der Gemeinde.

Wegen eines darauf hingewiesenen Formalfehlers in der Gemeinderatssitzung am 13. Jänner 2026 musste eine Aufsichtsbeschwerde gegen Bürgermeister Erich Albrechtowitz bei der Bezirkshauptmannschaft eingebracht werden.

Susanne Schaffer unterstreicht die gute Arbeit in den Ausschüssen. Konkrete Ergebnisse werden aber im Gemeinderat selten umgesetzt, der Herr Bürgermeister fühlt sich nicht verpflichtet Protokolle der Ausschüsse lesen zu müssen.

Der von der ÖVP hochgehaltene Gedanke der Gemeinsamkeit stellt sich immer wieder als Ablenkungsmanöver und leere Floskel heraus.



Liebe Gemeindebürger,



vor einem Jahr haben wir diese Funktionsperiode begonnen. Wenn ich heute zurückblicke, dann war es ein turbulentes Jahr mit intensiven Gesprächen und so manchen Herausforderungen.

Immer wieder wird seitens der ÖVP auf Social Media von einem „konstruktiven Miteinander“ oder einer „Hand zur Kooperation“ gesprochen. Leider können wir dies nicht bestätigen. Viele unserer Fragen werden vor, während und nach den Gemeinderatssitzungen unzureichend oder gar nicht beantwortet, sodass wir zu wichtigen Entscheidungen nicht zustimmen konnten.

Es ist bemerkenswert, dass sich die Oppositionsparteien trotz ihrer unterschiedlichen ideologischen Hintergründe und programmatischen Schwerpunkte in Markt Piesting einig sind und gegen die Vorgehensweise, eines Alleinganges der ÖVP, stimmt.

Am Beginn der Legislaturperiode wurde vereinbart Sitzungen immer dienstags abzuhalten. Leider werden die vereinbarten Sitzungstage nicht eingehalten, was Transparenz und Planung erschwert. Vor allem Sitzungen mit entscheidenden Abstimmungen, wie dem Voranschlag 2026 oder dem Rechnungsabschluss, finden an anderen Wochentagen statt.

Das vergangene Jahr macht deutlich, wie wichtig Transparenz, Offenheit und echte Zusammenarbeit für die Gemeinde sind. Die Hoffnung bleibt, dass sich im kommenden Jahr ein konstruktiverer Dialog zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger entwickelt.

GGR Susanne Schaffer

Ein Jahr Gemeinderat in Markt Piesting:

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Gemeinderatssitzung Dezember 2025

Warum wir die Sitzung verlassen haben.

In der Gemeinderatssitzung am 15.12.2025 stand die Abstimmung über den Voranschlag 2026 im Mittelpunkt. Die finanzielle Lage unserer Gemeinde ist äußerst angespannt und die Verschuldung hat in den vergangenen Jahren besorgniserregend zugenommen. Aufgrund dieser Entwicklung wurde unsere Marktgemeinde vom Land Niederösterreich als Konsolidierungsgemeinde eingestuft. Das bedeutet, dass wir ein Konzept zur Schuldenreduzierung sowie Maßnahmen zur Einsparung für die kommenden fünf Jahre erarbeiten und dem Land vorlegen müssen.

Die Mehrheit des Prüfungsausschusses stimmte zwar dem Voranschlag zu, forderte jedoch **einstimmig eine Überarbeitung des Konsolidierungskonzepts.**

Im Haushaltskonsolidierungskonzept, das den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung zu umfassen hat, hat die Gemeinde die Maßnahmen zur Verbesserung des Haushaltspotentials festzulegen.

Der größte Teil des vom Bürgermeister vorgelegten Konsolidierungskonzepts basierte auf Gebührenerhöhungen, während die

vorgesehenen Einsparungen aus unserer Sicht und auch aus Sicht des Prüfungsausschusses nicht ausreichend waren. Wir hielten es daher für unverantwortlich, diesem Voranschlag (so) in dieser Form zuzustimmen. Bei einer derart prekären finanziellen Situation der Gemeinde Markt Piesting muss man die Lage ernst nehmen, offen diskutieren, alternative Vorschläge prüfen und darf die Problematik nicht ständig auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Da dies aus Sicht der Oppositionsparteien nicht gegeben war, hat man im Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinde und deren Bürger die Sitzung verlassen.

Es sei an dieser Stelle ausdrücklich erwähnt, dass es sich hierbei NICHT um parteipolitisches Kalkül gehandelt hat, sondern dass alle Parteien der Opposition den Eindruck hatten, dass hier mit Verantwortung fahrlässig umgegangen wurde!

Die FPÖ wollte mit diesem Auszug aus der Gemeinderatssitzung ein klares Zeichen setzen, es muss verantwortungsvoll zum Wohle der Gemeinde gearbeitet werden:
„KEIN WEITER WIE BISHER“

Wir werden weiterhin darauf drängen, dass eine echte Lösung gefunden wird, die unsere Gemeinde finanziell stabilisiert und dabei die Interessen aller Mitbürgerinnen und Mitbürger berücksichtigt. Gemeinsam für Piesting – transparent, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert.

Gemeinderatssitzung Jänner 2026

Am 13.01.2026 fand die erste Gemeinderatssitzung 2026 statt, nachdem zum Ende des Jahres 2025 zwei Gemeinderäte der ÖVP zurückgetreten sind. In dieser Sitzung wurden neue Gemeinderäte angelobt und die Ausschussverteilung neu geregelt.

Im Verlauf der Sitzung wurden zudem vier Dringlichkeitsanträge eingebracht. Gemäß **§46 Abs.3** der Niederösterreichischen Gemeindeordnung (NÖ GO) müssen **Dringlichkeitsanträge vor dem ersten Tagesordnungspunkt** behandelt werden. Der Bürgermeister hat jedoch entgegen dieser Vorschrift den ersten Tagesordnungspunkt vorgezogen und die neuen Gemeinderäte trotz des Hinweises der Opposition auf den Verstoß angelobt. Dadurch hatte die ÖVP die Mehrheit in der Sitzung, was dazu führte, dass drei der vier Dringlichkeitsanträge von der ÖVP abgelehnt wurden.

Aufgrund dieses Vorgehens wurde von uns bei der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt eine **Aufsichtsbeschwerde** eingereicht. Die Aufsichtsbehörde bestätigte den Verdacht eines Verstoßes **lt. §46 Abs.3** der NÖ Gemeindeordnung. Der Bürgermeister versprach der Aufsichtsbehörde, die Dringlichkeitsanträge in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Abstimmung bringen zu wollen.

Gemeinderatssitzung März 2026

In der zweiten Gemeinderatssitzung am 24.03.2026 brachten wir einen Dringlichkeitsantrag ein, da zwei der vier Dringlichkeitsanträge von der Jänner-Sitzung auf der Tagesordnung fehlten. Konkret forderten wir die Aufnahme der Themen **„Baustopp Harzwerkstraße 21“** und **„Sitzungsplan“** auf die Tagesordnung zu setzen. Hintergrund dafür war das Versprechen des Bürgermeisters gegenüber der **Aufsichtsbehörde** BH Wiener Neustadt bezüglich unserer Aufsichtsbeschwerde, dem wir Nachdruck verleihen wollten.

Mit der Ergänzung dieser Anträge auf die Tagesordnung erhielten alle Gemeinderatsmitglieder die Gelegenheit, diese Anliegen ausführlich zu diskutieren und sich mit den Bedenken der Bürgerinnen und Bürger auseinanderzusetzen. Dieser Schritt stärkt die Transparenz und fördert den offenen Dialog im Gemeinderat.

DER DRINGLICHKEIT WURDE STATTGEGEBEN – BEIDE ANTRÄGE ABER VON DER ÖVP ABGELEHNT!

Dringlichkeitsantrag Harzwerkstraße 21

Stellungnahme Bürgermeister

Viele Bürger machen sich Sorgen und Gedanken über die kontaminierte Harzwerkwiese und des angrenzenden Bauvorhabens Harzwerkstraße 21. Dazu hat der BM am 12.02.2026 eine Stellungnahme über seine Recherchen auf der Homepage der Gemeinde und Social-Media veröffentlicht.

Dazu schreibt der Bürgermeister: **Unter Punkt 2:** *„Auf der Harzwerkwiese und im angrenzenden Bereich wurden in der Vergangenheit in über 3 Meter Tiefe Proben von belastendem Material festgestellt."*

Auf Nachfrage in der Gemeinderatssitzung am 24.03.2026 bestätigte der Bürgermeister, dass es sich bei dem von ihm angesprochenen Bereich um die Harzwerkstraße 21 **(Gst.Nr.210/3 KG Piesting)** handelt.

Unter Punkt 3: *„Alle negativen Erkenntnisse der Behörden beziehen sich auf die Harzwerkwiese bzw. das Harzwerkgrundstück. Für das Harzwerkgrundstück wurde von der Behörde mit Bescheid die Erlaubnis zur Sanierung erteilt. Eine Pflichtsanierung wurde auch für den Harzwerkgrund nicht angeordnet. Von diesem Bescheid ist das benachbarte Grundstück nicht umfasst.*

Die Aussage ist nicht richtig (siehe Fotoauszug Begründung).

Spätestens ab Zustellung des Bescheides der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt vom 26.08.2024 an die Marktgemeinde Markt Piesting, z.Hd. des Herrn Bürgermeisters, war unmissverständlich klar, dass eine Verunreinigung auch im bzw. am Nachbargrundstück der „Harzwerkwiese" bestand.

„Auszug aus dem Bescheid der BH vom 29.08.2024 und Gutachten des Amtssachverständigen für Chemie der NÖ Landesregierung Abteilung Wasserwirtschaft vom 29.03.2024: „Da am gegenständlichen Areal des ehemaligen „Pinosa"- Geländes bei der Sonde KB4 und auch am Nachbargrundstück **(Gst.Nr.210/3 KG Piesting)** deutliche Verunreinigungen im bzw. am Grundwasser (Schurf 5) festgestellt wurden, ist zum Schutz des Grundwassers die Materialqualität, die im Grundwasserschwankungsbereich verbleiben kann, einzuschränken."

Unserer Recherche zu Harzwerkstraße 21

Im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben auf dem Grundstück **Gst. Nr. 210/3 KG** Piesting möchten wir nochmals auf die bestehenden Bedenken und den bisher nicht ausreichend geklärten Sachverhalt hinweisen.

Am 05.10.2020 wurde die erste Baugenehmigung erteilt, gegen die Einsprüche von Anrainern erfolgten. **Aufgrund von Mängeln hob das Landesverwaltungsgericht den Bescheid auf** und verwies die Angelegenheit an die Gemeinde zurück. Im Auftrag der Gemeinde wurde ein hydrologisches Gutachten erstellt, in dem auf Seite 9 (Datum 07.04.2023) ein dünner Ölfilm im zweiten Baggerschurf dokumentiert wurde. Die Herkunft dieses Ölfilms ist unklar, da der verwendete Bagger kontrolliert wurde und kein Ölaustritt festgestellt werden konnte.

Weiters empfiehlt der Gutachter dringend eine **umfassende Grundwasseranalyse**, insbesondere da Anrainer das Grundwasser als Nutz- und Gebrauchswasser verwenden. Nach unserem Kenntnisstand wurde diese Untersuchung bislang nicht veranlasst.

Erstaunlicherweise wurde am 21.11.2023 durch die Baubehörde erster Instanz eine zweite Baubewilligung erteilt. Gegen diesen Bescheid wurde von einem Rechtsanwalt Berufung eingelegt, welche der Gemeinde Markt Piesting am 14.12.2023 vorab per E-Mail übermittelt wurde. Am 12.03.2024 wies der damalige Gemeindevorstand die Berufung als unbegründet ab, was durch den aktuellen Aushang beim Bauvorhaben ersichtlich ist.

Es ist nicht nachvollziehbar, ob alle

relevanten Unterlagen und Erkenntnisse auch der Bezirkshauptmannschaft zugeleitet wurden. Daher erachten wir weitere Erkundigungen bei der BH als wenig zielführend. Vor dem **Hintergrund des nachgewiesenen Ölfilms und der ausdrücklichen Empfehlung zur Analyse des Grundwassers** ist die Entscheidung des Gemeindevorstandes für uns nicht nachvollziehbar. Wir sehen daher eine große Verantwortung bei der ÖVP, beim Bürgermeister sowie dem damaligen Gemeindevorstand, die Gesundheit unserer Bürger und die Unversehrtheit des Grundwassers sicherzustellen.

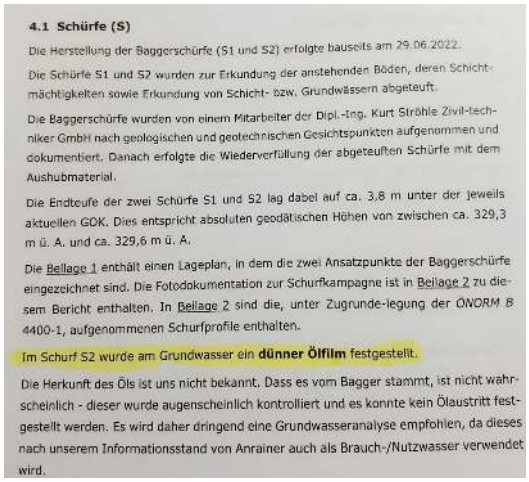
Aus diesem Grund ersuchen wir Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

- unverzüglich eine gründliche Grundwasseranalyse auf dem betroffenen Grundstück zu veranlassen,
- bis zur abschließenden Klärung aller relevanten Fragestellungen einen **sofortigen Baustopp** zu erlassen

Der Schutz der Bevölkerung und des kostbaren Grundwassers hat oberste Priorität.

Ein vorläufiger Baustopp wurde von der ÖVP einstimmig abgelehnt.





4.1 Schürfe (S)

Die Herstellung der Baggerschürfe (S1 und S2) erfolgte bauseits am 29.06.2022.

Die Schürfe S1 und S2 wurden zur Erkundung der anstehenden Böden, deren Schichtmächtigkeiten sowie Erkundung von Schicht- bzw. Grundwässern abgeteuft.

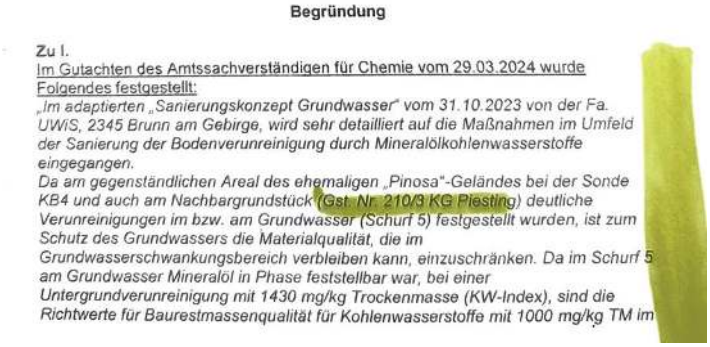
Die Baggerschürfe wurden von einem Mitarbeiter der Dipl.-Ing. Kurt Ströhle Zivil-technik GmbH nach geologischen und geotechnischen Gesichtspunkten aufgenommen und dokumentiert. Danach erfolgte die Wiederverfüllung der abgeteuften Schürfe mit dem Aushubmaterial.

Die Endteufe der zwei Schürfe S1 und S2 lag dabei auf ca. 3,8 m unter der jeweils aktuellen GOK. Dies entspricht absoluten geodätischen Höhen von zwischen ca. 329,3 m ü. A. und ca. 329,6 m ü. A.

Die Beilage 1 enthält einen Lageplan, in dem die zwei Ansatzpunkte der Baggerschürfe eingezeichnet sind. Die Fotodokumentation zur Schurfkampagne ist in Beilage 2 zu diesem Bericht enthalten. In Beilage 2 sind die, unter Zugrunde-legung der ÖNORM B 4400-1, aufgenommenen Schurfprofile enthalten.

Im Schurf S2 wurde am Grundwasser ein **dünner Ölfilm** festgestellt.

Die Herkunft des Öls ist uns nicht bekannt. Dass es vom Bagger stammt, ist nicht wahrscheinlich - dieser wurde augenscheinlich kontrolliert und es konnte kein Ölaustritt festgestellt werden. Es wird daher dringend eine Grundwasseranalyse empfohlen, da dieses nach unserem Informationsstand von Anrainer auch als Brauch-/Nutzwasser verwendet wird.



Begründung

Zu I.
Im Gutachten des Amtssachverständigen für Chemie vom 29.03.2024 wurde Folgendes festgestellt:
„Im adaptierten „Sanierungskonzept Grundwasser" vom 31.10.2023 von der Fa. UWiS, 2345 Brunn am Gebirge, wird sehr detailliert auf die Maßnahmen im Umfeld der Sanierung der Bodenverunreinigung durch Mineralölkohlenwasserstoffe eingegangen.
Da am gegenständlichen Areal des ehemaligen „Pinosa"-Geländes bei der Sonde KB4 und auch am Nachbargrundstück (Gst. Nr. 210/3 KG Piesting) deutliche Verunreinigungen im bzw. am Grundwasser (Schurf 5) festgestellt wurden, ist zum Schutz des Grundwassers die Materialqualität, die im Grundwasserschwankungsbereich verbleiben kann, einzuschränken. Da im Schurf 5 am Grundwasser Mineralöl in Phase feststellbar war, bei einer Untergrundverunreinigung mit 1430 mg/kg Trockenmasse (KW-Index), sind die Richtwerte für Baurestmassenqualität für Kohlenwasserstoffe mit 1000 mg/kg TM im

Dringlichkeitsantrag Sitzungsplan

Die Koordination privater Termine mit den Gemeinderatssitzungen ist von großer Bedeutung. Deshalb wurde von der Opposition ein Antrag zur Erstellung eines Sitzungsplans für 2026 gestellt. Ein solcher zielt darauf ab, Planungssicherheit und Transparenz zu gewährleisten. Gemäß der NÖ GO ist es erforderlich, dass jedes Quartal eine Gemeinderatssitzung stattfindet. Obwohl zusätzliche, nicht vorausschauende Sitzungen möglich sind, gibt es für die vier Haupt-Gemeinderatssitzungen keinen triftigen Grund, einen solchen Antrag abzulehnen. Ein Sitzungsplan würde die Kommunikation, die Zusammenarbeit und die zeitlichen Abstimmungen aller Ausschüsse innerhalb der Gemeinde stärken.

Ein Sitzungsplan wurde von der ÖVP einstimmig abgelehnt.



Schulstraße

Warum die FPÖ dagegen gestimmt hat.

Unsere Fraktion spricht sich gegen die Einführung einer Schulstraße im Bereich der Volksschule aus, insbesondere gegen die damit verbundene Zufahrtssperre zum Bahnhof sowie zum hinteren Teil des Kindergartens in den Zeitfenstern von 7:00 bis 8:00 Uhr und von 11:30 bis 13:00 Uhr.

Die Zufahrt zum Bahnhof muss für alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit mit dem PKW möglich bleiben, um beispielsweise Zugfahrende zuverlässig hinzubringen und abzuholen. Viele Eltern nutzen zudem morgens und mittags den hinteren Parkplatz, da die Kapazitäten des großen Parkplatzes nicht ausreichen. Bei Befragungen haben sich zahlreiche Eltern gegen eine Schulstraße ausgesprochen. Auch die bestehende Elternhaltestelle am Parkplatz ist morgens für das geplante Vorhaben nicht ausreichend.

Als sinnvolle Alternative zur Schulstraße schlagen wir die Einrichtung einer Wohnstraße oder einer Begegnungszone mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 20 km/h vor – analog zu bewährten Modellen in Waldegg und Wöllersdorf. In beiden Varianten gelten Schritttempo und die uneingeschränkte Vorrangregel für die Schülerinnen und Schüler. Diese Lösungen sind dauerhaft gültig und erhöhen somit die Verkehrssicherheit nachhaltig.

Eine Schulstraße mit zeitlich begrenzten fahrzeugfreien Zeiten bringt das Risiko mit, dass sich Kinder auf Dauer zu sicher fühlen. Beispielsweise endet der Unterricht der **6. Stunde an der Volksschule um 13:35 Uhr** – nach der aktuellen Planung würde die Schulstraße zu diesem Zeitpunkt bereits wieder aufgehoben sein. Viele Kinder besuchen nachmittags die Musikschule, hier greift die Schulstraße ebenfalls nicht mehr. Die wechselnden Zeiten (morgens Schulstraße, nachmittags nicht) könnten bei den Kindern Verwirrung stiften und zu Sicherheitsproblemen führen.



Uns ist der Schutz der Kinder sehr wichtig. Gleichzeitig möchten wir den Alltag berufstätiger Eltern nicht unnötig erschweren. Aus diesen Gründen lehnt unsere Fraktion die Einführung der Schulstraße ab und gibt einer **dauerhaften verkehrsberuhigten Lösung** – entweder als Wohnstraße oder Begegnungszone – den Vorrang.

Kritik an Gemeindekommunikation

Gemeindeblatt darf kein Parteiblatt sein

Auch die zweite Ausgabe der Gemeindezeitung „Neue Einblicke“ im Dezember 2025 glich einer ÖVP-Zeitung oder eher einem ÖVP-Fotoalbum. Wir kritisierten dies schon im August 2025 bei der ersten Ausgabe der „Neuen Einblicke“. Informationen, die auf Gemeindekosten verbreitet werden, dürfen nicht dazu dienen einzelnen Fraktionen politische Verdienste zuzuschreiben. Dadurch entsteht kein umfassendes Bild der tatsächlichen Entscheidungen. **Gemeindezeitungen müssen neutral, sachlich und dürfen nicht überparteilich sein.**

Aus dem Ausschuss Sport, Tourismus & Kultur

Der für 2026 angedachte **„Rad-Genuss-Tag“** bleibt weiter im Fokus des Ausschusses, die Umsetzung 2026 erscheint aktuell aber eher unwahrscheinlich.

Der Grund: Die Risse im Radweg und deren Sanierung. Ein sanierter Radweg ist Voraussetzung für die Organisation des „Rad-Genuss-Tages“. Seit Jahrzehnten werden Mitgliedsbeiträge in die IG Piestingtal eingezahlt (der Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf rd. EUR 7.400, -/Jahr). Aus diesen Erlösen können gemeindeübergreifende Maßnahmen finanziert werden!

Diese Vereinbarung gibt es seit dem Jahr 1996, trotzdem schafft man es nicht entsprechende Mittel zu beantragen, damit Maßnahmen zur weiteren Sanierung des Radweges getroffen werden können.

Im Ausschuss wurde explizit darauf hingewiesen, dass aufgrund der aktuellen Sturzgefahr am Radweg entsprechende Hinweisschilder angebracht werden sollen. Letztendlich geht es auch um das Haftungsthema im Zusammenhang mit Unfällen und Verletzungen.

Das Thema rund um die Sanierung des **Beachvolleyball Platzes** konnte zu einem positiven Ende gebracht werden. Bis zu Saisonbeginn soll die Anlage wieder für die Sportler zur Verfügung stehen. Der nächste Vereinsstammtisch ist bereits in Planung und wird am **Fr. 24. April 2026** im Piestingerhof stattfinden. Dazu sind wieder sämtliche Vereine der Gemeinde eingeladen. Der **Vereinsstammtisch** soll die Möglichkeit bieten sich untereinander auszutauschen, Anregungen und Ideen zu sammeln



und in einem gemeinsamen Netzwerk weitere Impulse zu setzen.

Am 13. März fand im Rahmen des Ausschusses eine **Begehung des Waldbades** statt. Ziel ist es Möglichkeiten zu finden, um trotz des kaum vorhandenen Budgetrahmens die Attraktivität des Waldbades für die Besucher zu steigern. Bis zur nächsten Sitzung soll im Rahmen des Ausschusses ein entsprechender Plan erarbeitet werden.

GR Martin Pototschnig

Radweg hinter Köck-Gelände

Unsere Beharrlichkeit hat sich bewährt. Viele Bürger weisen uns seit einem Jahr auf die abgestorbenen, dürren Bäume und auf die herabhängenden, abgebrochenen Äste hin. Diese Situation war nicht nur unansehnlich, sondern stellte bei Sturm und Wind eine Gefahr für die Bürger dar, die den Radweg benutzten. Da dieses Teilstück in Privatbesitz ist, wurde mit den Besitzern Kontakt aufgenommen, auf die Gefährlichkeit hingewiesen und eine Begehung vereinbart. Diese fand am 17.03.2026 statt. Der Bürgermeister selbst war mit vor Ort und betonte, dass „die dürren Bäume weg“ müssten. Rasch konnte eine Einigung zwischen dem Forstbetrieb und den Eigentümern erreicht werden und das



besagte Teilstück des Radweges ist mittlerweile wieder gefahrenlos benutzbar. Danke an alle Beteiligten.

Ausschuss Mobilität, Infrastruktur, Wirtschaft, kommunale Gebäude:

Halte- und Parkverbot Dreistetten Marchgrabenstraße



Im Mai letzten Jahres wurden die ersten Aktivitäten unseres Ausschusses gesetzt und auch umgesetzt, insbesondere beim Kindergarten, dem angrenzenden Spielplatz und der Landesstrasse durch Dreistetten. Es wurden 20er- Tempolimits bzw. 30er-Tempoempfehlungen installiert um die Sicherheit, vor allem unserer jüngsten Gemeindemitglieder, zu verbessern..

Bei der Liegenschaft Dreistetten 115 – 118 wurde wiederholt beobachtet, dass Fahrzeuge direkt gegenüber der Einfahrt parkten. Diese unzulässige Parkpraxis behindert die Zufahrt zum Grundstück erheblich. Anwohner haben sich über diese Situation beschwert, da sie ein Hindernis für verschiedene Fahrzeugtypen darstellt. Insbesondere KFZ mit Anhängern, landwirtschaftliche Fahrzeuge sowie Einsatzfahrzeuge der Müllabfuhr und des Winterdienstes sind betroffen. Nach der Begehung vor Ort und Besprechung im Ausschuss bzw. mit der Gemeinde wurde der Antrag eines Halte- und Parkverbots an dieser Stelle eingebracht. Dieser Antrag wurde positiv bewertet und die Durchführung erfolgte bereits.

Die FPÖ-Ortsparteigruppe hat für alle Anliegen der Bürger ein offenes Ohr, nimmt diese sehr ernst und ist bemüht Lösungen zu finden und auch umzusetzen.

GR Ing. Michael Gaupmann

Blaue Seitenblicke

Parlament

Am 26.03.26 besuchten Susanne Schaffer und Günter Fazekas mit Mitgliedern der FPÖ-Bezirksgruppe Wiener Neustadt das Parlament. Nach einer informationsreichen Führung waren sie Zuschauer der 71. Sitzung des Nationalrates und konnten der Debatte über die steigenden Treibstoffpreise beiwohnen. Die klaren Worte von NR Michael Schnedlitz und NR Peter Schmiedlechner konnten sie live miterleben. Im Anschluss gab es ein persönliches Treffen mit beiden Abgeordneten.



Osterei-Verteilaktion

Auch heuer waren wir wieder in unserer Gemeinde unterwegs und haben Ostereier an die Bevölkerung verteilt. Danke an alle Bürger für die netten Gespräche und freundlichen Begegnungen.

